

Cornelia Hildebrandt

Zur Sozialdemokratie in Deutschland

In den 1980er Jahren war immer wieder vom Niedergang der Sozialdemokratie¹ – vom Ende des sozialdemokratischen Zeitalters die Rede. Dieser pauschalisierende Satz, immer wieder neu begründet mit dem Ende des Keynesianismus und den Grenzen sozialstaatlicher Entwicklung unter globalisierten Bedingungen, lässt sich zum einen angesichts der unterschiedlichen Entwicklungen in Nord-, West-, Süd- und Mitteleuropa nicht ohne weiteres bestätigen. Zwar schrumpfte der Wähleranteil der Sozialdemokraten/Sozialisten von Mitte der 1990er auf europäischer Ebene von knapp 35 Prozent auf 25 Prozent 2009. Aber ähnliche Tendenzen, wenn auch nicht in diesem Maße, lassen sich auch seit 2014 am Ergebnis der Europawahlen auch für die Konservativen nachweisen, deren Parteien bei diesen Wahlen mehr als 7,5 Prozentpunkte verloren, während die Sozialdemokraten eher erschienen.

Die nach links orientierte Labour Party konnte im Juni 2017 40 Prozent auf sich vereinigen. Immerhin sind die Sozialdemokraten in Schweden führende Kraft und kommen auf einen Anteil um 30 Prozent, in mehr als zehn Ländern der EU kommen die Sozialdemokraten über 25 Prozent, in anderen Ländern sinkt ihr Einfluss oder wie in Polen, den Niederlanden und nun auch in Frankreich stürzen sie ab. Diese völlig unterschiedlichen Entwicklungen wurden nicht zuletzt auch sichtbar bei den Präsidentschafts- bzw. Parlamentswahlen in Großbritannien und Frankreich im Juni 2017.

Während in Großbritannien sich unter dem Druck des neuen Gewichts von Labour sich das traditionelle 2-Parteien-System erneuert, führen in Frankreich die Wahlen zum kompletten Umbruch des parlamentarischen Systems, zum Niedergang der bisher dominierenden Parteien der Konservativen und Sozialisten, die maßgeblich an Einfluss verlieren bis hin zur Existenzfrage der Sozialisten.

Während Jeremy Corbyn auf klassische Werte der Sozialdemokratie, auf sozialen Ausgleich über klassisch- sozialdemokratische Rechte setzt, soziale Infrastrukturen aufbauen, Studiengebühren abschaffen und die Bahn und Energienetze wieder in staatlichen Besitz bringen will , radikalisiert Macron – nunmehr sich selbst befreiend von jeglicher ggf. hemmenden sozialistischen Partei – den sozial-neoliberalen Weg Blairs und Schröders. Mit seiner proeuropäischen Reformagenda, insbesondere der französischen Variante neoliberaler Reformen des Arbeitsmarktes wie sie in Deutschland seit 2004/2005 als sogenannte Hartz-Gesetze praktiziert werden, gewinnt Macron Präsidentschafts- und Parlamentswahlen.

Diese Gesetze haben in Deutschland mit nunmehr 23 Prozent zum größten Niedriglohnsektor in der EU – nach Litauen geführt. Politisch führte diese Entwicklung bereits 2005 zur Abspaltung eines Teils des ohnehin schwachen linken, gewerkschaftlich geprägten Flügels der Sozialdemokratie und 2007 zur Bildung einer gesamtdeutschen LINKEN.

¹ Wolfgang Merkel. Niedergang der Sozialdemokratie?. Sozialdemokratische und sozialistische Regierungspolitik im westeuropäischen Vergleich. Leviathan, 18. Jg. (1990) Heft 1, S. 106-132.

10 Jahre später beschreibt vor allem die Führung der SPD die Durchsetzung der Hartz-Gesetze als notwendige Bedingung für die erfolgreiche Entwicklung und Stabilität Deutschlands im europäischen und globalen Wettbewerb. Auf diese Stabilität und Kontinuität dieser Politik setzt die Sozialdemokratie auch im Wahlkampf 2017 und verbindet diese zugleich mit Modifizierungen bzw. Korrekturen. In welchem Maße dieser Kurs ein versuchtes Umsteuern oder lediglich taktisches Agieren der SPD ist, um sich als Teil der Großen Koalition im Bundestagswahlkampf von CDU/CSU abzusetzen, bleibt abzuwarten. Die Ankündigung der CDU, bis 2025 wieder Vollbeschäftigung erreichen zu wollen, beschreibt nicht nur das flexible Agieren der Konservativen, scheinbar problemlos sozialdemokratische Forderungen integrieren zu können, sondern ebenso das Zaudern der SPD bei der Benennung ureigener Anliegen.

Bevor jedoch im weiteren die konkrete Strategische Ausrichtung der Sozialdemokratie in Deutschland beschrieben werden soll, zunächst jedoch Anmerkungen zur Bedeutung und Stellung der SPD im deutschen Parteiensystem.

1. Bedeutung der SPD und ihre Stellung im Parteiensystem Deutschlands

Die Sozialdemokratische Partei in Deutschland gehört mit mehr als 150 Jahren zu den ältesten sozialdemokratischen Parteien in Europa. Sie entstand 1875 als Sozialistische Arbeiterpartei Deutschland infolge des Zusammenschlusses des 1863 gegründeten Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein und der 1869 gegründeten Sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Deren Entwicklung als eine der stärksten sozialdemokratischen Parteien in Europa war von Beginn an wichtig für die gesamte europäische Entwicklung sozialdemokratischer/sozialistischer Parteien und später ebenso bei der Herausbildung der kommunistischen Parteien.

Nicht zuletzt auch, weil sich die großen europäischen Denker des 19. Jahrhunderts wie Marx, Engels mit der Entwicklung der Sozialdemokratie, insbesondere auch ihrer Programmatik und strategischen Ausrichtung auseinandergesetzt haben. So hat die Marxsche Kritik am Gothaer Programm von 1875 bis heute nichts an Aktualität verloren – insbesondere zur Frage des Internationalismus der Arbeiterbewegung.

Die Sozialdemokratie verfügt trotz erheblicher Verluste von fast der Hälfte ihrer Mitglieder vom Beginn der 1990er Jahre bis 2016 noch über 490.000 Mitglieder, von denen 32 Prozent Frauen sind. Die Altersstruktur der Partei verweist auf eine zunehmende Bindungsschwäche bei den jüngeren Generationen: weniger als 20 Prozent sind unter 40 Jahren und mehr als die Hälfte über 60 Jahre alt. 37 Prozent verfügen über einen Hochschulabschluss, 13 Prozent haben einen (Fach-)Abiturabschluss, 22 Prozent mittlere Reife und 28 Prozent einen Hauptschulabschluss. 16 Prozent der SPD sind Arbeiter, 30 Prozent Angestellte, 42 Prozent Beamte oder Angestellte des öffentlichen Dienstes, nur 12 Prozent Selbständige. Mehr als 70 Prozent ist konfessionell gebunden, 26 Prozent konfessionslos. Die SPD kann Menschen aus unterschiedlichen sozialen Milieus an sich binden, wobei sie am stärksten die Milieus der bürgerlichen Mitte und die stärker an Tradition orientierten unteren Mittelschichten anspricht, aber auch – wenn auch nicht ganz so stark – ihre Anhänger unter den etablierten liberal-intellektuellen Milieus hat.

Die SPD ist noch immer eine entscheidende politische Kraft im politischen System Deutschlands. Sie ist derzeit noch mit 193 Abgeordneten (30,6%) im Deutschen Bundestag vertreten und mit über 500 Abgeordneten in den Länderparlamenten. In 11 Bundesländern ist sie in einer große Koalition, in rot-grünen oder rot-rot-grünen Regierungen eingebunden in sieben Bundesländern regiert sie und stellt die Ministerpräsidenten. Über 24.000 Parlamentarier arbeiten auf kommunaler Ebene. Ihre Jugendorganisation hat ca. 70.000 Mitglieder.

Der größte Anteil der WählerInnen der SPD sind Rentner. Sie kann aber auch Arbeiter und Arbeitslose an sich binden. Sie erreicht deutlich weniger Beamte und Selbständige. Sie wird etwas mehr von Frauen als von Männern gewählt, in den westdeutschen Bundesländern eher von Menschen mit niedrigerer Bildung gewählt als von jenen mit höherer Bildung. Sie hat jedoch nach den Wahlen 2009 maßgeblich bei Arbeitern und zunehmend auch bei Rentnern verloren. Die Tendenzen bei Arbeitslosen ist nicht eindeutig. Sie bleibt schwach bei Selbständigen.

Tabelle Anteil der WählerInnen der SPD bei Bundes- und Landtagswahlen

	Bundestags- wahlen		Sachsen- Anhalt		Schleswig- Holstein		NRW		Berlin	
	2009 23,0%	2013 25,7%	2011 21,5%	2016 10,6%	2012 30,4%	2017 27,2%	2010 34,5%	2017 31,2%	2011 28,3%	2016 21,6%
Arbei- ter	24%	27%	20%	10%	38%	30%	41%	34%	32%	17%
Ange- stellte	21%	26%	19%	10%	30%	27%	33%	31%	29%	22%
Selb- stän- dige	14%	14%	9%	8%	14%	13%	17%	19%	16%	18%
Rent- ner	29%	28%	28%	13%	36%	28%	40%	34%	35%	26%
Arbeits- lose	26%	26%	19%	12%	22%	45%	35%	38%	27%	17%

Quelle: Daten der Landeswahlleiter – eigene Zusammenstellung

Martin Schulz - Neuer Kandidat – Anlauf ohne Absprung

Anfang Januar schien für einen kurzen Moment die SPD auf Corbyn-Kurs, verbunden mit einer neuen Mobilisierungsqualität der Partei. Mehr als 17.000 Menschen traten seit Anfang des Jahres 2017 in die SPD ein. Die kritische Selbstreflektion des neuen Spitzenkandidaten Martin Schulz: „Wir haben Fehler gemacht“ war verbunden mit dem Versprechen einer Modifizierung der neoliberalen Agenda 2010. Eine Aufholjagd a la Corbyn schien auch für

Martin Schulz möglich. Doch wurde schnell klar, dass diese Modifizierung keinesfalls auf einen Bruch mit der neoliberalen Agenda 2010 hinauslief, sondern bestimmte Auswüchse dieser Agendas zu moderieren sucht. Dies galt schon für die Politik in der jetzigen Großen Koalition und trifft auf Gemeinsamkeiten mit der CSU (dort deutlich konservativ konnotiert) und auch mit Teilen der CDU.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt liegt jedoch die SPD eher stabil bei ca. 25 Prozent oder darunter. Der Hype, der für einen kurzen Moment zeigte, soziale Gerechtigkeit mobilisieren kann, ist vorüber, die Mobilisierung erfasst derzeit, wenn überhaupt, nur die eigene Partei. Wie war das möglich? Warum konnte die SPD die Chance, die sich mit dem Personalwechsel Anfang 2017 ergab, nicht nutzen?

Als früherer Präsident des Europäischen Parlaments kann sich Martin Schulz natürlich als überzeugter Europäer präsentieren, als Kämpfer gegen den Nationalismus und für eine starke EU. Allerdings war er in dieser Eigenschaft gerade kein Kämpfer für steuerliche Gerechtigkeit oder Solidarität z.B. gegenüber Griechenland oder für eine Demokratisierung der EU. Er zählt zu den Autoren des Fünf-Präsidenten-Plans zur Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion der EU, allerdings ohne sozialer Union. Gabi Zimmer² bezeichnet Schulz als den Spiritus-Rektor der großen Koalition im Europäischen Parlament, der u.a. die europäischen Sozialdemokraten zwang für CETA und TTIP zu stimmen. Er verhinderte Süd-Süd-Kooperationen der EU-Abgeordneten zwischen Portugal, Spanien, Italien und Frankreich. Er stand auf der Seite der Sparpolitik Schäubles, als es darum ging, die Schuldenbremse im nationalen Recht und den Verfassungen zu verankern und warf Alexis Tsipras vor, mit dem Referendum das griechische Volk zu täuschen. Schulz war als Präsident des Europäischen Parlaments kein Kämpfer gegen Steueroasen; er beförderte den Aufbau der Euro-Gruppe der Finanzminister der Eurozone und den Aufbau der Troika mit EZB, EU-Kommission und IWF als zwischenstaatliches Instrument ohne Kontrolle durch das Europäische Parlament.

D.h. die europapolitische Bilanz von Martin Schulz weist ihn nicht als Mann für einen Neustart aus. Er steht nicht für eine grundlegende Änderung sozialdemokratischer Politik. Offenbar war der Führungswechsel, der auf dem SPD-Parteitag mit 100 Prozent Zustimmung erfolgte, weder inhaltlich vorbereitet noch als strategisches Projekt angelegt, sondern diente vor allem als Befreiungsschlag für den damaligen Vorsitzenden Sigmar Gabriel.

Adressaten des alt-neuen Kurses sollten zunächst die Stammwähler der SPD sein, jene, die hart arbeiten oder gearbeitet haben, die sich an die Regeln halten. Größte Ungerechtigkeiten sollten wie bei Befristung von Arbeit, Leiharbeit oder der Zahlung von Arbeitslosengeld beseitigt, die Rente stabilisiert und die unteren und mittleren Schichten steuerlich entlastet werden. Mehr wird sich offenbar nicht zugetraut oder ist nicht gewollt, offensichtlich scheitert die Erneuerungsfähigkeit der SPD auch an einer ausbleibenden Neuzusammensetzung ihrer führenden Kräfte. Mit der Abspaltung eines Teils der Linken von der SPD im Jahr 2005 wurde der linke Flügel der SPD weiter geschwächt, der aus sich heraus offenbar nicht das Potential hat, neue strategische Debatten anzustoßen oder zu befördern.

² Gabi Zimmer. Schulz stand im EU-Parlament für Neoliberalismus pur. Neues Deutschland. 23.2.2017
<https://www.neues-deutschland.de/artikel/1042778.schulz-stand-im-eu-parlament-fuer-neoliberalismus-pur.html>

Schulz selbst stand – wenn auch nicht zur Regierung Schröder gehörend - für den eher rechten Flügel der SPD.

2. Konkrete Forderungen der SPD 2017

Adressat der Modifizierungen bzw. leichten Korrekturen der Hartz-IV-Gesetze sind vor allem die zur Kernklientel der SPD zählenden älteren Arbeitnehmer, die „hart Arbeitenden, die die Regeln einhalten“. Ihnen solle Würde und Respekt zurückgegeben werden. Deshalb soll es eine längere Bezahlung der Arbeitslosenunterstützung in Höhe von 60% des letzten Nettolohnes geben. Wer also ein Leben lang hart gearbeitet hat, soll künftig nicht mehr nur 15 Monate Arbeitslosengeld s erhalten, sondern je nach Dauer einer Qualifizierung, die infolge von Arbeitslosigkeit angeboten wird, bis zu 24 Monate (Arbeitslosengeld Q). Realerweise dauern jedoch die meisten Qualifikationsmaßnahmen nur wenige Monate. Für Empfänger von Sozialhilfe soll das Niveau des Schonvermögens pro Haushalt von 150 Euro pro Jahr des Lebens auf 300 Euro erhöht werden. Außerdem sollen für unter 25-jährige schärfere Sanktionen gestrichen und ebenso die Sanktionierung von Leistungen abgeschafft werden, soweit sie die Kosten der Unterkunft betreffen.

Es müsse den Menschen jedoch grundsätzlich die Angst vor der Zukunft genommen werden. Deshalb will die SPD das weitere Absinken der Rente von jetzt 48 auf 43 Prozent des Nettoeinkommens bis zum Jahre 2030 verhindern und sie auf dem jetzigen Niveau stabilisieren. Was danach - angesichts der geburtenstarken Jahrgänge bis 2040 passiert, bleibt offen.

Untere und mittlere Einkommen sollen steuerlich entlastet werden (keine Zahlung mehr des Solidaritätszuschlags). Erst ab einem Einkommen von 60.000 Euro soll der aktuelle Steuersatz von 42 Prozent gezahlt werden. Der Spitzensteuersatz von 45 Prozent soll bei Einkommen von Single-Haushalten ab 76.200 Euro und bei Ehepaare ab 152.400 Euro gezahlt werden. Wer mehr als 250.000 Euro verdient, soll künftig eine Reichensteuer von 3 Prozent zahlen. Über eine Vermögenssteuer wird weiter nachgedacht.

Im Gesundheitssektor soll der Übergang zu einer paritätisch finanzierten Bürgerversicherung (Arbeitgeber und Arbeitnehmer zahlen den gleichen Anteil am gesamten Versicherungsbeitrag) erfolgen, in die alle (also auch Beamte) einzahlen und alle gleichermaßen versichert sind, d.h. die gleichen medizinisch erforderlichen Leistungen zur Verfügung stehen. Dieser Vorschlag, der bereits 2013 im SPD-Wahlprogramm steht, wird 2017 konsequent als Instrument sozialer Gleichstellung – unabhängig vom Erwerbs- oder Angestelltenstatus formuliert – unter Einbeziehung der Beamten.

Der Ausbau der sozialen Infrastruktur soll stärker wieder in den Blick genommen werden. Dazu gehört der Ausbau der Kinderbetreuung, Investitionen in Bildung, Wissenschaft und Forschung. Kitagebühren sollen schrittweise abgeschafft und ein Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung durchgesetzt werden. Künftig soll es ein Familiengeld von 300 Euro monatlich geben.

Zur Europa- und Außenpolitik

Die besondere Rolle Deutschlands wird mit seiner ökonomischen Stärke und politischen Verantwortung, die Deutschland und Frankreich teilen, verbunden. Deutschland sei „Nettogewinner“ der EU, heißt es im Wahlprogramm der SPD 2017. 60 Prozent der deutschen Exporte – darauf wird ausdrücklich verwiesen - gehen in die EU. Der Exportüberschuss in die Länder der EU 75 Mrd. Euro oder rd. 10 Prozent der Gesamtexporte in EU-Länder. Allein der Exportüberschuss gegenüber Großbritannien beträgt über 50 Mrd. Euro.

Die SPD will die EU aus der Wachstumsschwäche herausführen und hierzu ein breit angelegtes Investitionsprogramm auflegen mit Zukunftsinvestitionen in grenzüberschreitende Verkehrs- und Energienetze. Für innovative Unternehmen sollen Bedingungen für Risiko-Kapital verbessert werden. Arbeitslosigkeit vor allem in Süd- und Westeuropa will die SPD mit Hilfe eines aufzustockenden permanenten Jugendbeschäftigungsfonds bekämpfen. Auf europäischer Ebene soll es wirksame soziale Grundsicherungssysteme geben und zur Stärkung sozialer Grundrechte ein soziales Fortschrittsprotokoll, verankert im Primärrecht der EU. Die SPD steht für eine Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion und für die Einrichtung einer Wirtschaftsregierung für den Euro-Raum unter Führung eines europäischen Wirtschafts- und Finanzministers und unter Kontrolle eines „Eurozonen-Parlaments“. Dabei solle der europäische Stabilitätsmechanismus ins Gemeinschaftsrecht überführt und zu einem europäischen Wirtschaftsfonds weiterentwickelt werden. Von einer Entschuldung z.B. Griechenlands ist nicht die Rede.

Friedens- und Entwicklungspolitik sollen zum Schwerpunkt europäischer Politik und dazu die europäische Außenpolitik stärker mit der Innenpolitik verzahnt werden wie bei Flüchtlings- und Migrationspolitik, Handels-, Energie- und Klimapolitik. Das Völkerrecht soll gestärkt, ein europäisches Friedenskorps soll mit einer erneuerten gesamteuropäischen Sicherheitspolitik im Geiste Willy Brandts verbunden werden. Zugleich steht die SPD für die Gründung einer europäischen Verteidigungsunion mit Maßnahmen der engeren Kooperation und Arbeitsteilung auf dem Weg zu einer europäischen Armee, auch wenn die NATO selbstverständlich tragender Pfeiler der transatlantischen Partnerschaft bleibt. Die SPD wendet sich allerdings entschieden „gegen völlig unnötige und unrealistische Steigerungsraten des deutschen Verteidigungshaushaltes“. Die Erhöhung Militärausgaben auf 2 Prozent des Bruttoinlandprodukts käme einer Verdopplung der Militärausgaben mit mehr als 70 Milliarden Euro gleich. Das lehnt die SPD als unrealistisch ab, unklar bleibt, wie sich die SPD gegenüber realistischen Vorschlägen verhalten würde.

Auch mit Verweis auf Willy Brandts soll eine neue Abrüstungsinitiative gegen die Schaffung einer europäischen Atomwaffenmacht oder atomare Bewaffnung Deutschlands gebildet werden. Eine Belebung von neuen Abrüstungsinitiativen sei dringend erforderlich. Dazu will die SPD einen Dialog mit allen Verbündeten und Partnern stärken und hierzu die OSZE als Dialogforum nutzen.

Die Reminiszenz an Willy Brandt vor allem in den Kapiteln zur Europa- und Friedenspolitik ist angesichts des Nebeneinanders von europäischen Friedenskörps und erneuerter gesamteuropäischer Sicherheitspolitik und die Gründung einer europäischen Verteidigungsunion mit Maßnahmen zur Bildung zu einer europäischen Armee – ergänzend zur NATO kaum nachvollziehbar. Der dringend neu zu startende Dialog zu Entspannung und Abrüstung war offenbar unter den SPD-Außenministern der großen Koalition weder zwischen 2005 bis 2009 noch zwischen 2013 bis 2017 nicht durchsetzbar. Es fehlen konkrete Schritte zu Rüstungsbegrenzung oder Rüstungskontrolle.

Zur Erinnerung. Willy Brandt forderte in seiner Regierungserklärung von 1969 nicht nur „mehr Demokratie wagen“, sondern auch eine Steuerreform, die dem „Verfassungsgebot zur Schaffung des sozialen Rechtsstaates“ entspricht. Dazu gehörte über diese hinaus die Angleichung der Einkommen, die Reduzierung des Bildungsgefälles, die Reform des Zivilrechts, insbesondere des Eherechts, die Reform des Strafrechts, die Entwicklung eines Hochschulrahmengesetzes und die Hochschulreform, ein langfristiges Programm des sozialen Wohnungsbaus, die Reform des Betriebsverfassungsgesetzes und des Personalvertretungsgesetzes. Auf dem Feld der Außenpolitik erklärte Brandt damals, dass Deutschland verstärkt an internationalen Organisationen mitarbeiten werde und vor allem an Abkommen der Abrüstung und Rüstungsbegrenzung. Die Sicherheitspolitik Brandts stand unter zwei Prämissen: der Rüstungsbegrenzung und Rüstungskontrolle und der ausreichenden Verteidigungsbereitschaft und Friedenssicherung. „Die Bundesrepublik solle sich mit ihren Verbündeten konsequent für den Abbau der militärischen Konfrontation in Europa einsetzen“ und hierzu auf ausgewogene Rüstungsbeschränkung und Truppenreduzierung in Ost und West einsetzen. Die von Brandt geforderte europäische Friedensordnung war verbunden mit einer neuen Ostpolitik. D.h. das Regierungsprojekt von Willy Brandt stand – anders als seine Nachfolger Schmidt und Schröder – auf den Säulen einer Modernisierung des „sozialen Rechtsstaates“ – ein Terminus, der schon bei Helmut Schmidt in der Regierungserklärung 1974 nicht mehr auftaucht – und einer Friedens- und Abrüstungspolitik, gebunden an das Projekt einer neuen Ostpolitik.

Die SPD steht heute für eine handlungsfähige EU und deshalb für flexiblere Strukturen und ebenso für ein Europa unterschiedlicher Geschwindigkeiten. Das heißt zunächst, dass Gruppen von Mitgliedstaaten sollen bei gemeinsamen Projekten vorangehen können. Zugleich sollen die Kompetenzen des Europäischen Parlaments ausgeweitet werden einschließlich Budgetrecht und dem Recht auf Gesetzesinitiativen bis hin zu einem einheitlichen, europäischen Wahlrecht. Mittelfristig bedarf es aus Sicht der SPD eine Überarbeitung des Lissabon-Vertrages. Ziel sei eine europäische Verfassung, die sicherstellt, dass wirtschaftliche Integration mit sozialem Fortschritt und mehr Demokratie verbunden wird. Aber letzteres steht derzeit offenbar nicht auf der Tagesordnung. Die Stichworte einer europäischen Sozialunion mit sozialen Mindeststandards und ohne Sozialdumping werden zwar genannt, werden aber nicht systematisch bearbeitet.

Ein erstes Fazit und mögliche Konsequenzen für die Linken

Betrachtet man all dies, so beschreiben die einzelnen Ansätze auf den einzelnen politischen Feldern keinen grundlegenden Bruch mit dem neoliberalen Entwicklungsmodell, sondern eher Modifizierungen des bisherigen Kurses, die sich ggf. auch in einer erneuerten großen Koalition unter Merkel verhandeln lassen. D.h. die Sozialdemokratie steht nicht für ein eigenständiges Projekt, sie traut sich selbst keine Gerechtigkeitswende, keinen wirklichen Aufbruch zu, wie ihn Sanders in den USA oder Corbyn in Großbritannien versuchen.

Eine strategische Neuausrichtung sozialdemokratischer Politik, wie sie auch mit der Kandidatur von Schulz Anfang 2017 erwartet worden war, ist im nun beschlossenen Wahlprogramm der SPD für die Bundestagswahlen 2017 wie auch in den Erklärungen des Spitzenkandidaten nicht erkennbar.

Möglicherweise konnte es angesichts der Rolle von Martin Schulz als Präsident des Europaparlaments, die im deutschen politischen Geschäft deutlich weniger wahrgenommen wurde, der weitgehenden Beibehaltung der politischen Agenda und der unveränderten Kräftekonstellationen innerhalb der Sozialdemokratie, eines strategisch schwachen linken Flügels und einer fehlenden aktiven, intervenierenden und gesellschaftsmobilisierenden SPD-Basis es keinen wirklichen Bruch mit der neoliberalen Agenda des früheren SPD-Kanzlers Schröder geben. Es bleibt bei Modifikationen eines „Weiter so“.

Für die Linke heißt dies, ihre Doppelstrategie weiterzuentwickeln. D.h. konkret sich auseinanderzusetzen mit der Fortsetzung ggf. einer modifizierten, aber nicht grundsätzlich in Frage gestellten neoliberalen Politik des Sozial- und Demokratieabbaus, einer Europapolitik der unterschiedlichen Geschwindigkeiten und zunehmenden Militarisierung der Politik.

Zugleich aber muss die Linke von links Druck machen, wo es Schnittmengen gibt. Das betrifft bei aller Unentschlossenheit Umverteilungsfragen, den Ausbau sozialer Dienstleistungen bis hin zum sozialen Wohnungsbau, die Erhöhung des Personals im Öffentlichen Dienst, der Kampf um die Verbindlichkeit und Inhalte, wie sie in der Sozialen Säule der EU-Kommission formuliert wurden, die Unterstützung und Konkretisierung von Forderungen im Rahmen des Sozial- und Beschäftigungsschutzes in der EU. Dazu gehört insbesondere der Kampf gegen eine europaweite atomare Aufrüstung und Druck von Links bei der Entwicklung eines friedenspolitischen Dialogs, der die Fragen der Abrüstung, Rüstungskontrolle und Rüstungsbegrenzung mit zum Inhalt hat. Dazu gehören auf Überlegungen zur Stärkung demokratischer Institutionen bis hin zur Stärkung des Europäischen Parlaments. Dazu gehört auch die Auseinandersetzung um das künftige Einwanderungsgesetz.

Natürlich müssen linke Kritik und mehr noch linke Gegenstrategien darüber hinausgehen. Dazu gehört der Kampf gegen die Fortsetzung der Austeritätspolitik in Deutschland und Europa. Der Beitritt der EU zur Europäischen Sozialcharta wird nicht reichen, wenn Kämpfe für ein soziales Europa nicht verbunden werden mit klaren Überlegungen zur Umverteilung national wie europäisch und alternativen Wirtschaftspolitiken. Insofern stellt die Forderung der SPD zu einer vertieften Wirtschafts- und Währungsunion eine Herausforderung für die Linken in Europa da – welche Überlegungen hat sie hinsichtlich der Gestaltung eines sozialen Europa und linker Steuer-, Finanz- und Wirtschaftspolitik. Wie will sie in der EU soziale und

wirtschaftliche Gleichgewichte zwischen den EU-Mitgliedstaaten oder auch auf gesamteuropäischer Ebene schaffen?

Welche Überlegungen haben die radikalen Linken hinsichtlich einer europäischen Friedensordnung, der Lösung der Flüchtlingsprobleme, der Gestaltung von Einwanderungsgesellschaften.

Von Seiten der SPD ist die Neuverhandlung der EU-Verträge eine mittelfristige Aufgabe, die also derzeit nicht auf der Tagesordnung steht. Angesichts der Kräftekonstellation in Europa und letztlich auch der Schwäche der gesamteuropäischen Linken, scheint weder die Neuverhandlung noch ein Neustart durchsetzungsfähig. Dennoch müssen Linke – und die Linken in Deutschland stehen angesichts der Rolle Deutschlands in besonderer Verantwortung - die Grundpfeiler linker Politik, wie sie für Europa u.a. von Axel Troost und Gesine Schwan vorgeschlagen wird, weiterarbeiten. Dazu gehören Kämpfe gegen die Fortsetzung der neoliberalen Politik, gegen die Militarisierung Europas, eine gemeinsame Fiskalpolitik in Richtung der europäischen Sozialunion mit einer demokratisch gewählten und kontrollierten europäischen Wirtschaftsregierung. Notwendig ist die Entwicklung von Instrumenten wie die Erhöhung der Steuern von höheren Einkommen und vor allem eine Harmonisierung von Steuern in der EU, Grundsteuern auf die Entwicklung von öffentlichen Dienstleistungen und Institutionen für mehr soziale Sicherheit, Bildung, Gesundheitsversorgung, öffentliche Infrastrukturen.

Europäisch wie auch national – die LINKE sollte die SPD dort unter Druck setzen, wo sie Anliegen selbst anspricht, aber ihre Angebote nur auf der Ebene der Symbolpolitik formuliert, wo sich Forderungen – auch Abgeschwächte im Vergleich zur LINKEN – dennoch mit dem Forderungskatalog der Linken überschneiden wie beispielsweise bei der Erhöhung der Mindestlöhne und die Abschaffung von Ausnahmen, einer besseren personellen Ausstattung des öffentlichen Dienstes auf Bundes-, Länder- und vor allem auf kommunaler Ebene, beim sozialen Wohnungsbau und der Durchsetzung einer Mitpreisbremse, die Abschaffung von Sanktionen bei Hartz-IV-Empfängern bis hin zum Abschiebestopp von Flüchtlingen nach Afghanistan.

Allianzen – das ist nicht zuletzt eine Erfahrung der Linken in Barcelona, Madrid, aber auch in Griechenland – wachsen von unten, dort wo Menschen unmittelbar von den grundlegenden gesellschaftlichen Problemen betroffen sind und diese ihren Lebensalltag prägen. Gerade dort, gibt es oft auch Möglichkeiten parteienübergreifend Projekte zu entwickeln, Vertrauen aufzubauen, auch was die Verlässlichkeit vor Ort betrifft jenseits symbolischer oder medialer Akte. Zugleich aber stoßen alternative Ansätze in Kommunen schnell, vor allem finanziell an enge Grenzen, nicht zuletzt durch die auch in den Bundesländern verankerte Schuldenbremse. Deshalb bleibt der Kampf gegen diese wie auch die Verknüpfung der Kämpfe zwischen den verschiedenen Ebenen so wichtig. Dabei aber sollte stärker von der Kommune, d.h. von konkreten Lebensräumen her gedacht und von diesen ausgehend Projekte entwickelt werden, bei denen die Ebenen konzeptionell ineinander- und ressortübergreifend entwickelt werden.

Demokratie braucht Zeit – auch der Aufbau parteiübergreifender gesellschaftspolitischer Allianzen. Sie brauchen zugleich auch eine strategische Ausrichtung entlang der vier

Grundsäulen: Gerechtigkeit, Sicherheit, Einstieg in den sozialökologischen Umbau und eine offensive Politik der Solidarität. Ohne Umverteilung von privaten zu öffentlichen Haushalten ein solcher Politikwechsel ist ohne nicht möglich. Für diesen gibt es derzeit weder gesellschaftliche noch politische Mehrheiten.

Zwei Monate vor den Bundestagswahlen im September 2017 liegt die Sozialdemokratie zwischen 23 und 25 Prozent und so bei den Werten des Vorjahres unter dem früheren Vorsitzenden der Partei Sigmar Gabriel. Vor allem Frauen, GeringverdienerInnen und Menschen im ländlichen Bereich haben sich wieder von ihr abgekehrt. Aber die Linken profitieren nicht von den Verlusten der Sozialdemokraten. Das zeigen alle Wahlen in Deutschland 2017: im Saarland, in Schleswig-Holstein, in NRW. Insgesamt wird das, was rechnerisch ein linkes Lager ausmachen könnte, wird kleiner.

Es wächst und stabilisiert sich das bürgerliche, rechtsliberale Lager in Deutschland, während um Deutschland herum Parteiensysteme sich grundlegend verändern, drohen zusammenzubrechen oder die politische Landschaft sich völlig verändert. Deutschland scheint ein Land ökonomisch-politischer Stabilität zu bleiben, deren Kern die große Koalition bildet: konservativ-liberal dominierend und hierbei flexibel sozialdemokratische Projekte integrierend. Dies ist nicht schwer angesichts der strategischen Leere von Sozialdemokraten und Grünen. Für die Entwicklung Europas heißt dies gleichermaßen ein „Weiter-so“ der Austeritätspolitik, die zumindest von der deutschen Sozialdemokratie nicht grundsätzlich infrage gestellt wird.

Damit aber haben radikalen Linken in Deutschland weder eine Möglichkeit zum Regierungswechsel und noch weniger zum Politikwechsel. Aber an letzterem auf allen Ebenen eigenständig zu arbeiten, einen gesellschaftlich relevanten Pol der Solidarität aufzubauen, der herrschende Politik zu einem Politikwechsel zwingt, bleibt zentrale Herausforderung der LINKEN auch angesichts ihrer europäischen Verantwortung.